



Deflationsgefahr im Euroraum

Deflationsgefahr im Euroraum

Die schwache Preisentwicklung im Euroraum gibt Anlass zur Sorge vor einer möglichen Deflation. Vor allem die kurz- und mittelfristigen Inflationserwartungen der Märkte, die in den letzten Monaten weiter gesunken sind, und auch die Prognosen der EZB sprechen für eine lange Phase mit sehr niedrigen Inflationsraten, die deutlich unter dem Ziel der EZB liegen. "Die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Deflationsspirale ist bei lang anhaltend niedrigen Inflationsraten durchaus real", sagen Kerstin Bernoth, Marcel Fratzscher und Philipp König vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Der Handlungsspielraum der Europäischen Zentralbank ist in der derzeitigen Lage sehr beschränkt, da die konventionelle Geldpolitik ausgeschöpft ist. Die EZB sollte deshalb über unkonventionelle Maßnahmen nachdenken, zu denen eine erhöhte Liquiditätsvergabe, ein negativer Einlagezins, und auch ein aktives Anleihenankaufprogramm gehören. "Die EZB sollte mit diesen Maßnahmen sehr vorsichtig umgehen, da sie auch Risiken enthalten, und diese dann nutzen, wenn sie notwendig sind. Wir müssen diese Optionen offen diskutieren und sorgsam abwägen", betont Marcel Fratzscher. Philipp König unterstreicht: "Es ist in erster Linie auch die Wirtschaftspolitik in der Pflicht, nun entschieden zu handeln." Deshalb sollten jetzt nicht nur in den Krisenländern, sondern auch in Deutschland solche Reformen umgesetzt werden, die Wachstum und Investitionen nachhaltig fördern, um ein Abrutschen des gesamten Euroraums in eine Deflation zu verhindern.
Zur Wahrung der Preisstabilität strebt die EZB eine Inflationsrate von zwei Prozent an. Seit knapp einem Jahr liegt die Inflationsrate im Euroraum jedoch deutlich darunter. Auch in den größeren Kernländern des Euroraums sind die Inflationsraten sehr niedrig; in Deutschland ist sie jüngst auf 1,2 Prozent gesunken. In den Krisenländern liegt die Inflationsrate noch niedriger und Griechenland und Zypern befinden sich bereits in der Deflation. Die schwache Preisentwicklung ist nicht nur auf fallende Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. In den Krisenländern müssen hohe Schuldenstände abgebaut werden und Preise sowie Löhne zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sinken. Da dieser notwendige Anpassungsprozess innerhalb des Euroraums noch nicht abgeschlossen ist, ist auch in absehbarer Zeit mit einer gedämpften Nachfrage und Preisentwicklung zu rechnen.
Kerstin Bernoth, Marcel Fratzscher und Philipp König haben untersucht, welche Handlungsoptionen die Europäische Zentralbank in der derzeitigen Lage hat, um einer Deflation entgegenzuwirken. Infrage kommen nur Maßnahmen, die die finanzielle Fragmentierung reduzieren und die geldpolitische Transmission nachhaltig verbessern. Da die konventionellen Mittel der Leitzinssenkung nahezu ausgeschöpft sind, ist Geldpolitik alleine kaum noch in der Lage, dies zu erreichen. Kerstin Bernoth betont: "Zunächst ist die Wirtschaftspolitik gefordert, die Geldpolitik zu unterstützen, indem sie ein möglichst investitions- und konsumfreundliches Umfeld schafft, beispielsweise durch staatliche Investitionsprogramme."

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 030/897 89 0
Telefax: +49 (030) 897 89-200
Mail: postmaster@diw.de
URL: <http://www.diw.de>

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

diw.de
postmaster@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.